Nächster Skandal im Außenministerium: Daten-Leck aufgeflogen!

Ein im Web umtriebig bloggender Sado-Maso-Botschafter, dazu ein angezählter Deregulierungs-Staatssekretär – und jetzt ein gefährliches Datenleck: Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) hat in ihrem Ressort mehrere große Probleme.

Das Außenministerium hat am Mittwochabend ein mögliches Datenleck bestätigt und umfangreiche Untersuchungen eingeleitet. Nach ersten Erkenntnissen könnten Daten aus

---

Quelle: https://blog.kumhofer.at/naechster-skandal-im-aussenministerium-daten-leck-aufgefloegen/

der Reiseregistrierung sowie von der öffentlichen Website betroffen sein. „Der Umfang wird mit Nachdruck untersucht und Betroffene werden umgehend informiert“, hieß es in einer Aussendung. Die zentralen IT-Systeme des Ministeriums sollen jedoch nicht betroffen sein.

Aus Vorsicht wurden mehrere Online-Dienste, darunter die Reiseregistrierung, vorübergehend deaktiviert. In dringenden Fällen stehen die österreichischen Vertretungsbehörden sowie die Notfallnummer +43 1 90115 4411 zur Verfügung. „Wir nehmen den Vorfall sehr ernst und bedauern die Unannehmlichkeiten“, betonte das Ministerium.

Der Vorfall wirft erneut Fragen zur Cybersicherheit des Außenressorts auf – ein Thema, das bereits in der Vergangenheit für Schlagzeilen sorgte. Besonders in Erinnerung ist der massive Cyberangriff von 2020, als Hacker wochenlang versuchten, in die Systeme des Außenministeriums einzudringen. Damals war von einem der „schwerwiegendsten Angriffsfälle“ in der Geschichte der Republik die Rede, die Kosten für Gegenmaßnahmen sollen 1,6 Millionen Euro überstiegen haben.

Zusätzlich sorgt der Skandal um einen österreichischen Botschafter für anhaltende Kritik. Dieser war in der Vergangenheit durch bizarre Sado-Maso-Webaktivitäten aufgefallen. Sicherheitsexperten befürchten, dass derartige private Online-Aktivitäten – besonders über unsichere Plattformen – potenziell Einfallstore für Spionage und Cyberangriffe darstellen könnten.

Zwar gibt es bislang keine offiziellen Belege für einen Zusammenhang mit dem aktuellen Vorfall, doch Beobachter sehen in der Kombination aus menschlichem Fehlverhalten und technischen Schwachstellen ein dauerhaftes Risiko.

Mit dem aktuellen Verdacht auf ein Datenleck wird deutlich, dass digitale Angriffe auf staatliche Einrichtungen längst keine Ausnahme mehr sind, sondern eine wachsende Bedrohung darstellen. Kritiker fordern daher eine massive Aufrüstung der Cyberabwehr und eine strengere Überwachung sensibler Kommunikationskanäle.

Das Außenministerium will weitere Details veröffentlichen, sobald die forensischen Analysen abgeschlossen sind. Bis dahin bleibt unklar, wie viele Bürger tatsächlich betroffen sind – und ob die Attacke möglicherweise Teil einer größeren, koordinierten Operation ist.